

Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Gisela Kallenbach, Member of the European Parliament
European Parliament, ASP 08 H 263 - rue Wiertz 60 - 1040 Brüssel
phone: +32-2-2847339 fax: +32-2-2849339 email gkallenbach@europarl.eu.int
web www.gisela-kallenbach.de

Grußwort von GISELA KALLENBACH

**anlässlich der
Mahnwache am Düsseldorfer Flughafen
gegen Abschiebungen in das Kosovo
23. Juni 2005**

Liebe Anwesende,

anlässlich der heutigen Abschiebung von Kosovaren von diesem Flughafen und der heutigen Innenministerkonferenz in Stuttgart wende ich mich mit diesem Grußwort an Sie. Leider kann ich nicht persönlich anwesend sein, da das Europäische Parlament parallel in Brüssel tagt.

Mit Bestürzung und Unverständnis habe ich die Vereinbarung zwischen Bundesinnenministerium mit der UN-Interimsverwaltung zur Kenntnis genommen, die die Abschiebung von Angehörigen ethnischer Minderheiten in das noch nicht befriedigte Kosovo ermöglicht. Durch meine 3jährige Arbeit als UN-Municipal Administrator (Bürgermeisterin) in Peja/Pec und Mitglied der Delegation für Südosteuropa im Europäischen Parlament kenne ich die Situation vor Ort ziemlich genau.

Sämtliche Berichte der letzten Wochen von renommierten Institutionen bestätigen einstimmig die fragile politische Situation und die gegenwärtige Spannung im Land. Die wirtschaftliche Situation ist sehr desolat.

Ich empfinde es deshalb als unverantwortlich, gerade zu diesem Zeitpunkt mit einer gewaltsamen Rückführung der Flüchtlinge zu beginnen. Ein derartiges Handeln destabilisiert die Lage im Kosovo. Die Ereignisse im März 2004 bewiesen haben, dass ein kleinster äußerer Anlass genügt, den immer noch vorhandenen Hass in gewalttätige Auseinandersetzungen münden zu lassen.

Die Vereinbarung steht zudem in totalem Gegensatz zum Beschluss der Bundesregierung und des Bundestages, die Beteiligung der Bundeswehr an der KFOR-Mission fortzusetzen. Diese Entscheidung wurde gerade damit begründet, dass Minderheiten im Kosovo immer noch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und ihre Lebensbedingungen prekär sind.


UNMIK und die lokalen Behörden waren wegen fehlender finanzieller Mittel bisher nicht in der Lage, die prekäre Situation der Binnenflüchtlinge menschengerecht zu lösen: Roma aus Mitrovica Süd leben unter unvorstellbaren Bedingungen in Mitrovica Nord; Roma aus verschiedensten Teilen des früheren Jugoslawien leben in Lagern in Obolic und anderswo.

Wie sollen die Zurückgeführten mit den elementarsten Lebensvoraussetzungen versorgt werden? Wie werden die Kommunen unterstützt, denen jede grundsätzliche Voraussetzung von Unterbringungsmöglichkeiten oder das erforderliche Management dafür fehlt? Hat man schon vergessen, dass eine zurück gekehrte Roma-Familie nach wenigen Tagen ermordet wurde? Übernehmen UNMIK und das Bundesinnenministerium die Verantwortung, wenn ähnliches wieder geschieht?

Anlässlich der heutigen Innenministerkonferenz habe ich einen Brief an die Minister im Namen weiterer grüner Abgeordneter im Europäischen Parlament initiiert. Wir fordern ein Ende der Abschiebungen in den Kosovo sowie eine Altfallregelung für die betroffenen Flüchtlinge. Deutschland darf kein falsches Beispiel für andere europäische Länder geben.

Wir brauchen momentan klare politische Signale, die eine langfristige Einbindung des Westlichen Balkans in europäische Strukturen vorbereiten und keinerlei bilaterale Destabilisierung. Dessen sollten sich UNMIK und das Bundesinnenministerium bewusst sein!

Mit freundlichen Grüßen


Gisela Kallenbach
Mitglied im Europäischen Parlament
Mitglied in der Delegation für Südosteuropa des Europäischen Parlaments